

Beschlussauszug

**Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben vom
10.10.2025**

Anlass:	Sitzung
Zeit:	14:00 - 17:55
Raum, Ort:	Konferenzräume 2-4 des BraWoPark Business Centers III, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig

Ö 2.3	Fortschreibung des Zukunftskonzepts "Kläranlage 2030"	25-26412
--------------	--	-----------------

Beschlussart: zur Kenntnis genommen

Als Gäste zu diesem TOP begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Gromadecki (Geschäftsführerin Abwasserverband Braunschweig), Herrn Dr. Trautmann (Geschäftsführer Aqua & Waste International GmbH), Herrn Hermanussen (Prokurist PFI Planungsgemeinschaft GmbH) und Herrn Siemers (Bereichsleiter Betrieb Stadtentwässerung Braunschweig GmbH).

Stadtbaurat Leuer führt in die Mitteilung 25-26412 ein.

Herr Dr. Trautmann stellt die Details des Zukunftskonzepts „Kläranlage 2030“ anhand einer Präsentation vor.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt, ob es möglich sei, durch Rückhalteoptionen für Regen- bzw. Mischwasser innerhalb der Stadt die Belastung der Kläranlage bei Starkregenereignissen zu reduzieren.

Herr Dr. Trautmann antwortet, dass dies grundsätzlich sinnvoll sei, jedoch aufgrund des Zeitdrucks, der beengten Platzverhältnisse im Bereich der in der Innenstadt liegenden Mischwasserkanalisation und der zunehmenden Häufigkeit extremer Regenereignisse kurzfristig keine Entlastung für die Kläranlage erwarten lasse. Die geplante Hybridlösung sei darauf ausgelegt, auch bei solchen Belastungen stabil zu arbeiten.

Frau Dr. Gromadecki ergänzt, dass die aktuellen Planungen bereits Starkregenereignisse und die damit verbundenen Anforderungen berücksichtigen würden. Sie hebt hervor, dass eine umfassende Datenauswertung durchgeführt worden sei, die sowohl die Ereignisse als auch die Zielsetzungen einbeziehe. Dabei werde auf bestehende Strukturen zurückgegriffen, um eine Vergleichsgrundlage für die Auslegung der Anlagen zu schaffen. Sie betont, dass es in einem Bestandsgebiet wie Braunschweig schwierig sei, beispielsweise ein Mischwassernetz in eine Trennkanalisation umzuwandeln, da die bestehende Bebauung dies erschwere und hohe Investitionen erfordere.

Herr Siemers erklärt, dass eine Umsetzung durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH nach Möglichkeit erfolgt, diese Möglichkeiten aber grundsätzlich limitiert sind.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 14:49 Uhr an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bezeichnet die vorgeschlagene Lösung als praktikabel, um den gestiegenen Anforderungen des EU-Beschlusses gerecht zu werden. Er stellt drei Fragen: Erstens zur Energiekostenbetrachtung, wobei er darauf hinweist, dass die Bundesregierung energieautarke Kläranlagen fördere und die Stromkosten bei Eigenproduktion niedriger angesetzt werden könnten. Zweitens fragt er nach der Funktionsweise des Aktivkohlefilters im Rieselfeld und drittens weist er auf die mögliche Kostenentlastung durch die EU-Kommunalabwasserrichtlinie hin, die eine Herstellerverantwortung der Pharma- und Kosmetikindustrie, die Hauptverursacher für Mikroplastik, Mikroschadstoffe und Spurenstoffe im Abwasser ist, vorsehe.

Herr Dr. Trautmann erklärt, dass die Aktivkohle Spurenstoffe wie Arzneimittelrückstände und Spurenstoffe absorbiere. Langfristig könnten diese Stoffe durch biologische Prozesse in dem mit Aktivkohle beaufschlagten Bodenfilter abgebaut werden, wodurch die Standzeit der Aktivkohle verlängert werde. Er ergänzt, dass es sich hierbei um ein innovatives Verfahren handle, das durch das Land Niedersachsen gefördert werde. Hinsichtlich der Herstellerverantwortung betont er, dass die Umsetzung aufgrund von Klagen der Pharma- und Kosmetikindustrie noch ungeklärt sei.

Frau Dr. Gromadecki ergänzt, dass ein seit vier Jahren laufendes Versuchsprojekt mit einem aktivierten Bodenfilter deutlich höhere Reinigungsleistungen zeigt als einfache Aktivkohle. Das Projekt wird vom Land Niedersachsen gefördert. Die Umsetzung in Deutschland hänge jedoch noch von Herstellerverantwortung (KARL) und Industrieversprechen ab. Die Förderusage für den Bau eines Retentionsbodenfilters liegt vor. Energie- und Betriebskosten sind bei der Planung berücksichtigt, da die Anlagen nicht kostenfrei betrieben werden können.

Ratsherr Dr. Plinke fragt, ob die einzelnen Realisierungsschritte eigenständig wirtschaftlich geprüft wurden und wie sich der Zeitplan auf mögliche Kostensteigerungen auswirken könnte, da mit steigenden Kosten im Laufe der Zeit zu rechnen sei.

Herr Dr. Trautmann bestätigt, dass Kostensteigerungen durch Inflation und Baukostenentwicklung zu erwarten seien, jedoch derzeit keine massiven Anstiege wie in den vergangenen Jahren prognostiziert würden.

Herr Hermanussen ergänzt, dass die Kostenentwicklung schwer vorhersehbar sei, jedoch alle Maßnahmen langfristig notwendig seien, um die Abwasserreinigung aufrechtzuerhalten. Er betont, dass die aktuellen Planungen auf den derzeitigen Kosten basierten und zukünftige Ausschreibungen entsprechend angepasst werden müssten.

Ratsfrau Arning fragt, ob bei den geplanten Erweiterungsmöglichkeiten der Module auch die Thematik der PFAS-Chemikalien berücksichtigt wird.

Herr Dr. Trautmann informiert, dass PFAS-Chemikalien eine Stoffgruppe sind, die eine große Anzahl einzelner Stoffe enthält. Diese sind schwer abbaubar und weit verbreitet. Auf EU-Ebene werde über ein vollständiges Verbot diskutiert. Technisch sind Lösungen zum Rückhalt von PFAS möglich, aber noch nicht ausgereift. Teilweise können PFAS-Chemikalien über Aktivkohle reduziert werden, doch es gibt ähnlich wie bei anderen Spurenstoffen, wie Arzneimittelrückständen, noch keine vollständige Lösung.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26412 wird zur Kenntnis genommen.